

A n t r a g

der Fraktion der CDU

EntschlieÙung

Hochschulen im Land zukunftsweisend aufstellen – Investition in Forschung und Lehre aus Rheinland-Pfalz für Rheinland-Pfalz

Der Landtag stellt fest:

Die Hochschulen des Landes haben sich in den vergangenen Jahren einer Vielzahl von neuen Herausforderungen stellen müssen, ohne dass die zur Verfügung stehenden Finanzmittel entsprechend angepasst wurden: Steigende interne Aufgaben, neue Studiengänge, neue Kooperationen und mehr beruflich Qualifizierte. Mit der jüngst verabschiedeten Neuerung des Hochschulgesetzes sollen sie noch Verantwortung übernehmen für den digitalen Wandel und Nachhaltigkeit – ohne zusätzliche Ressourcen.

Stattdessen bleibt die Grundfinanzierung auch im aktuellen Haushalt auf niedrigem Niveau. Die Hochschulen versuchen, dies über kurzfristige Projektfinanzierungen auszugleichen. Dies ist aber nicht Sinn und Zweck der Sache: Zeitlich begrenzte Projektfinanzierungen sind nur dort sinnvoll, wo sie als steuerndes Element eingesetzt werden, den Innovationswettbewerb anregen und Spitzenleistungen honorieren. Sie führen zu schlechten Rahmenbedingungen, wenn sie dazu verwandt werden, Kernaufgaben der Hochschulen nur für kurze Zeit zu finanzieren. Hinzu kommt, dass die Einwerbung von Drittmitteln nicht alle zusätzlichen Kosten abdeckt, die der Hochschule dadurch entstehen.

Sowohl der Hochschulpakt und sein Nachfolger, der Zukunftsvertrag, als auch die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern sind ein grundnotwendiger Schritt gewesen, um kurzfristig eine Antwort auf die jahrelang steigenden Studierendenzahlen und die internationale Reputation der deutschen Wissenschaft zu geben. Der Bund engagiert sich – entgegen seiner eigentlichen Zuständigkeit – massiv in der Hochschulfinanzierung. Insbesondere die Überführung in den

Zukunftsvertrag hat dahingehend dringend notwendige Dauerstellen an den Hochschulen ermöglicht – wenn auch für einige Beschäftigte im akademischen Mittelbau die Unsicherheit noch nicht beendet ist, weil das Ministerium die Überführung des Hochschulpaktes in den Zukunftsvertrag „unglaublich vertrödelt“ hat (AZ vom 13.10.2020).

Ungeachtet dessen bleibt unverständlich, warum die Landesregierung den vom Bund ermöglichten Aufwuchs nicht nutzt, um eigene, zusätzliche Akzente zu setzen.

Denn weder die Forschungsherausforderungen im innerdeutschen und internationalen Wettbewerb noch die Studierendenzahlen in Deutschland insgesamt haben nachgelassen. Jedoch führen schlechte Rahmenbedingungen sehr wohl zu sinkender Attraktivität des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz: Das Statistische Landesamt hat Ende November dieses Jahres festgestellt, dass wesentlich mehr Studierende unser Land für das Studium verlassen als umgekehrt hierfür zu uns kommen, der Saldo ist mit gut 11.000 „deutlich negativ“. Auf diese Weise verlieren wir nicht nur Studierende, sondern auch zukünftige Fachkräfte. Deshalb ist die Attraktivität des Hochschulstandortes nicht nur für Forschung und Wissenschaft von Bedeutung, sondern auch für Wirtschaft und Gesellschaft.

Mittelfristige Zielvereinbarungsgespräche zwischen Hochschulleitung und Ministerium, die die strukturelle Entwicklung der Hochschule im Blick haben und durch finanzielle Mittel unterlegt werden, sind unerlässlich. Es muss transparent sein, welche genauen Ziele eine Landesregierung mit ihrer Hochschulpolitik verfolgt. Nur so kann für die Hochschulen Berechenbarkeit und eine zukunftsorientierte und landesweit koordinierte Schwerpunktbildung angegangen werden.

Der Prozess um die Umstrukturierung der Universitätsstandorte Koblenz, Landau und Kaiserslautern hat einmal mehr gezeigt, dass die Landesregierung keine Strategie für die Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz hat. Neben einem von Anfang an unbefriedigenden Prozess, bei dem nicht alle Betroffenen auch Beteiligte waren, bleibt mangels monetärer Zusagen immer noch offen, wie sich die Standorte dauerhaft in die Zukunft entwickeln können. Hier muss insbesondere für den Standort Koblenz zeitnah Planungssicherheit geschaffen werden, damit eine Weiterentwicklung des Profils möglich und die zukünftige Eigenständigkeit auch wirklich zu einer Chance wird.

Gestützt auf mehrjährige Zielvereinbarungen können die Hochschulen eigenverantwortlich handeln. Insofern brauchen sie auch zusätzliche Freiräume, um ressourcenschonende und pragmatische Entscheidungen zu treffen. In einem ersten Schritt müssen die Hochschulen mit Globalhaushalt notwendige bauliche Veränderungen eigenverantwortlich tätigen und Einstellungen auch unabhängig vom Stellenplan vornehmen können.

Die Hochschulen haben eine herausgehobene Innovationsaufgabe. Die Erforschung von Phänomenen, die Aufstellung von Theorien und neuen Lösungswegen bringt unsere Gesellschaft als Ganzes voran. Deshalb müssen wir unsere Hochschulen in besonderer Weise in der Wahr-

nehmung dieser Aufgaben unterstützen. Angesichts der Herausforderungen und Chancen alternativer Antriebe in der Mobilität soll deshalb an der TU Kaiserslautern eine Professur zur Erforschung von Wasserstoff geschaffen werden.

Mit gutem Beispiel vorangehen sollten die Hochschulen auch in der Einsparung von schädlichen Emissionen und der bewussteren Nutzung von Ressourcen. Der Hochschulbetrieb mit zum Teil mehreren Tausend Studierenden braucht ein schlagkräftiges Nachhaltigkeitsmanagement, das sich nicht nur auf freiwillige Initiativen stützen darf, sondern institutionalisiert werden muss.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf

- mit den Hochschulen verbindliche mehrjährige Zielvereinbarungen als Grundlage für die Hochschulfinanzierung zu schließen
- die Grundfinanzierung auf diese Weise zukünftig wieder schrittweise anzuheben
- den Hochschulen mit Globalhaushalt eine eigenverantwortliche Personalbewirtschaftung im Bereich der tariflich Beschäftigten zu ermöglichen, auf einen Stellenplan für Angestellte zu verzichten und ihnen die Verantwortung und die dazugehörigen Ressourcen in Baufragen zu übertragen
- an der TU Kaiserslautern eine neue Professur zum Thema Wasserstoff zu schaffen
- den Hochschulbetrieb ressourceneffizient und umweltfreundlich zu gestalten durch die Institutionalisierung eines Nachhaltigkeitsmanagements an den Hochschulen.

Für die Fraktion:

Martin Brandl, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer